

Antrag der Fraktion der CDU

Konzept zur Kindertagesbetreuung endlich vorlegen

Am 9. Februar 2012 hat die Bildungsdeputation der Umsetzung des Konzeptes „Ganztägig Lernen“ zugestimmt und die Standorte für die zukünftigen offenen Ganztagschulen bestimmt. Ein Konzept für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, den Übergang von Hort- in Ganztagschulstrukturen und den weiteren U3-Ausbau fehlt bisher. Durch die ursprünglich vom Senat vorgesehene Koppelung von Hortabbau und U3-Ausbau, die dann wieder aufgegeben wurde, sind die Eltern zutiefst verunsichert. Die regionalen Bedarfe der Kindertagesbetreuung sind, speziell im U3-Bereich, in der Stadtgemeinde Bremen nicht gedeckt.

Nach jüngsten Berechnungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend belegt Bremen auch bei der Mittelbewilligung aus dem Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung“ einen der letzten Plätze. Dies zeigt, dass Bremen mit der Planung des U3-Ausbaus nicht voran kommt.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in der nächsten Sitzung der Sozialdeputation ein Konzept zur Beratung und zum Beschluss vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte berücksichtigt:

- Abbau von Doppelstrukturen bei den Hortplätzen und den Ganztagschulen, mit Schwerpunkt auf die erforderlichen Regelungen für die Übergangszeit;
- klare Regelung der Zuständigkeiten für die Ferienbetreuung zwischen den Ressorts Soziales und Bildung;
- Verbesserung der Aus- und Fortbildung des Personals in der Kindertagesbetreuung;
- keine Absenkung der Qualitätsstandards in den Kindertageseinrichtungen durch Vergrößerung der Gruppen, Verschiebung der Altersgrenzen oder der Bezugsgruppen bzw. Verkleinerung der Raumgrößen;
- ausgewogenen Ausbau der U3-Betreuung bezüglich der Alterskohorten der Kinder; kein Ausbau, der nur die ältesten Kinder dieser Gruppe berücksichtigt;
- Orientierung am regionalen Bedarf der Eltern beim weiterem U3-Ausbau;
- Einbeziehung aller Träger der Kindertagesbetreuung in die Konzeption und den regional ausgewogenen und bedarfsgerechten Ausbau;
- Vorlage einer konkreten Planung zum Abruf der Bundesmittel aus dem Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ bis 2013;
- Untermauerung der vorzulegenden Planung durch eine transparente Finanzierung, die eine sozial gerechtere Staffelung der Elternbeiträge ohne eine gleichzeitige Erhöhung beinhaltet.

Sandra Ahrens, Claas Rohmeyer, Dr. Thomas vom Bruch,
Sigrid Grönert, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU